

**RECHNUNGSHOF**  
3, DAMPFSCIFFSTRASSE 2

A-1033 Wien, Postfach 240  
Tel. (0 22 2) ~~66 36 46/0~~ oder  
NEUE TEL. NR. 711 71 DW  
Klappe Durchwahl

Fernschreib-Nr. 135 389 rh a  
DVR: 0064025

An das

Präsidium des  
Nationalrates

Parlamentsgebäude  
1010 W i e n

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl  
dieses Schreibens anführen.

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	<u>24. GE 989</u>
Datum:	27. APR. 1989
Verteilt	<u>27.4.89 Kreuz</u>

Zl 874-01/89

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes über  
sichere Container (CSC-Erfüllungsge-  
setz - CSCG) - Stellungnahme

Schreiben des BMÖVV vom 3. März 1989,  
GZ 159 400/3-I/5-1989

*fr. Klaus Grabner*

Der Rechnungshof beehrt sich, seine Stellungnahme zu der im Gegen-  
stand angeführten Angelegenheit in 25-facher Ausfertigung zu über-  
reichen.

Anlagen

25. April 1989

Der Präsident:

B r o e s i g k e

Für die Richtigkeit  
der Abfertigung  
*Wack*



RECHNUNGSHOF  
3, DAMPFSCIFFSTRASSE 2

A-1033 Wien, Postfach 240  
Tel. (0 22 2) ~~66 36 46/0~~ oder  
NEUE TEL. NR. 711 71 DW  
Klappe Durchwahl

Fernschreib-Nr. 135 389 rh a  
DVR: 0064025

An das

Bundesministerium für  
öffentliche Wirtschaft und  
Verkehr

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl  
dieses Schreibens anführen.

Radetzkystraße 2  
1031 W i e n

Zl 874-01/89

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes über  
sichere Container (CSC-Erfüllungsge-  
setz - CSCG) - Stellungnahme

Schreiben des BMÖWV vom 3. März 1989,  
GZ 159 400/3-I/5-1989

Der Rechnungshof nimmt zu dem im Gegenstand angeführten Gesetzes-  
entwurf wie folgt Stellung:

Gem § 14 Abs 1 BHG, BGBl Nr 213/1986, ist jedem Entwurf für ein  
Bundesgesetz oder einer Verordnung von dem Bundesminister, in dessen  
Wirkungsbereich der Entwurf ausgearbeitet wurde, eine Stellungnahme  
zu den finanziellen Auswirkungen anzuschließen, aus der insb hervor-  
zugehen hat, ob und inwiefern die Durchführung der vorgeschlagenen  
Vorschriften voraussichtlich vermehrte Ausgaben für den Bund verur-  
sachen wird, wie hoch diese Ausgaben für jedes Jahr innerhalb des  
laufenden Budgetprognosezeitraumes zu beziffern sein werden und  
welche Vorschläge zur Bedeckung dieser Ausgaben gemacht werden.

Wie dem Rechnungshof fernmündlich mitgeteilt wurde, beabsichtigt  
das do BM für die ggstl Containerüberprüfungen in der Bundes-Ver-  
waltungsabgabenverordnung eine eigene Tarifpost zu beantragen, wo-  
bei die Höhe dieser Abgabe so bemessen sein soll, daß sie die beim  
Vollzug des vorliegenden Gesetzesentwurfes anfallenden Kosten mög-  
lichst deckt. Da das do BM keine überprüfbare Kostenberechnung vor-  
legte (auch das Vorblatt zu dem Gesetzesentwurf enthält keine nach-  
vollziehbaren Angaben), ist der Rechnungshof nicht in der Lage, zu

- 2 -

den finanziellen Auswirkungen dieser Maßnahme Stellung zu nehmen;  
den Bestimmungen des § 14 Abs 1 BHG wurde daher nicht entsprochen.

Von dieser Stellungnahme wird das Präsidium des Nationalrates ue  
unterrichtet.

25. April 1989

Der Präsident

B r o e s i g k e

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:  
*Heck*